

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 23, 16. November 2000

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkenbergstr. 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Uz: 100 500 007 Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Das erste Gebot

Von Ralf Bachmann

Am 9. November spürte man in Berlins Straßen den Atem der Geschichte. 200 000fach hieß es: Bis hierher und nicht weiter. Und die Adressaten merkten: Da wurde ernst gemacht. Dass die politische Prominenz in ungewohnter Eintracht die erste Reihe bildete, war schlagzeilenträchtig, aber zweitranig. Wichtiger ist: Da traf sich wirklich „das Volk“. Der Einzelne, der sich im S-Bahn-Waggon allein unter pöbelnden „Sieg Heil“-Rufern glaubte, wird das Gefühl nie mehr vergessen, Teil einer großen Bewegung zu sein - der Anständigen, denen auch die Straße gehört, wenn sie nur wollen. Der Einwand, es sei lächerlich, von einem Aufstand der Mehrheit gegen eine kleine Minderheit zu sprechen, ist dumm. Oft ist die schweigende Masse von einer schreienden Sekte übertönt und gelähmt worden. Nun hat sie sich bewegt. Aufstehen ist das erste Gebot. Kürzlich wurde der 100-jährig gestorbene Sozialdemokrat Josef Felder geehrt, weil er sich trotz Androhung körperlicher Gewalt den Hitlerschen Ermächtigungsgesetzen mutig widersetzt hatte. Hätten sich alle gewehrt, die dachten wie er - was wäre der Menschheit erspart geblieben!

Eine Kundgebung des Protestes und auch der Solidarität, selbst wenn das Wort nicht fiel. Es war Kern der zornigen Rede Paul Spiegels. Solidarität mit Schwachen, mit Andersdenkenden, mit Ausländern, mit allen, die wegen ihres Andersseins ausgegrenzt werden sollen. Das war der Sinn seiner Polemik gegen das Leitkultur-Gerede. Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?, fragte er. Nachdenklich stimmt, dass etliche CDU-Politiker sich darüber aufregten. Sie hatten Spiegels Hinweis gehört, das Grundgesetz schütze die Würde aller Menschen als unantastbar, „nicht nur die des mitteleuropäischen Christen“. Zu so gemeinter Leitkultur könne man „Ja“ sagen. Andernfalls haben die Demonstranten recht, die vor dem Schlagwort warnen, weil sich dahinter ein Kampfprogramm gegen eine multikulturelle europäische Gesellschaft verbirgt.

Braune Gemischtwaren

Mit rechtsextremen Szeneläden lässt sich Geld verdienen und gleichzeitig Propaganda verbreiten.

Seite 2 ■

Störung der Totenruhe

Unter Massengräbern soll im Untertage-System eines ehemaligen Konzentrationslagers ein Münzgrab entstehen.

Seite 4 ■

Verrat am Nationalen

Das neokonservative Blatt „Criticón“ liegt mit der „Jungen Freiheit“ im Streit.

Seite 6 ■

Im Verein mit Neonazis

NPD-Mitglieder demonstrieren trotz parteioffizieller Distanzierung mit den Freien Nationalisten.

Seite 7 ■

Kampf dem „System“

Die Verfassungsschutzämter haben hinreichend Belege für die Verfassungswidrigkeit der NPD vorgelegt.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Zwischenruf**Wahlkampfmaschine**

Gar nichts spricht gegen eine Diskussion über eine deutsche Leitkultur. Aber Vorsicht ist geboten, wie man die Frage stellt. Dessen hätte sich auch Bassan Tibi, Erfinder des Begriffes von der europäischen Leitkultur bewusst sein müssen, als er in die vom CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz gestellte Falle tappte, der die Leitkultur auf die deutsche Nation verengte. Wäre er nicht eitel, wie er ist, hätte er sich gegen die Vereinnahmung zur Wehr gesetzt. Denn die Berufung auf europäische Werte schließt niemanden aus. Indem man aber die Zuwanderung nach Deutschland an die Übernahme einer wie immer gearteten deutschen Leitkultur knüpft, fällt man zurück in den aggressiven Nationalismus des späten 19. Jahrhunderts und redet den Demokratiefeinden das Wort, die man zu bekämpfen vorgibt.

Wahrscheinlich wollte Merz ja gar keine Diskussion. Nicht aus Überzeugung, offenkundig um zwei Jahre vor der Bundestageswahl denen nahe zu sein, denen das Fremde suspekt, denen das Bekenntnis zu ihrer nationalen Identität in Rassismus umgeschlagen ist. Deshalb sollte ein Dogma dekretiert werden. Es ging allein um das „Besetzen eines Themas“, die Gewinnung der Lufthoheit über deutschen Stammtischen. Dieser Trick wird nicht dadurch legitimiert, dass man eine Volte vollführt und Deutschland zum Einwanderungsland erklärt. Denn das war es vor dem Ukas von Herrn Merz. Soziale Gegebenheiten lassen sich nämlich eher an Statistiken als an Politikerbekenntnissen nachweisen.

Eigentlich ist es schade, dass die CDU die offene Diskussion über die Gesellschaft, die wir uns in der Zukunft vorstellen, verhindern wollte. Gelungen ist ihr das nicht, denn jetzt wird in der Tat diskutiert. Und so muss man Herrn Merz fast dankbar sein. Wäre da nicht die fatale Neigung der CDU, das Ausländerthema immer wieder als populistische Wahlkampfmaschine vorzuholen. Dabei verdrängt sie gern, dass die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften auf Zuruf der Wirtschaft unter einer CDU-Regierung begann, die sich über lange Jahre weigerte, sich der sozialen Folgen einer solchen Migration anzunehmen und Integrationskonzepte zu entwickeln. Dies tat sie erst zu einem Zeitpunkt, als der Prozess der Zuwanderung unumkehrbar war.

Klaus-Henning Rosen

Aktivitäten**Brauner Szeneladen**

In „Zutt's Patrioten Treff“ wird nicht nur Geld verdient, sondern auch Partei-Propaganda verbreitet.

Zwei braune Gemischtwarenläden führt das Ehepaar Doris und Alfred Zutt: Seit zwei Jahren gibt es in der hessischen Kleinstadt Ehringshausen „Zutt's Patrioten Treff“; vor einem Jahr eröffnete die 45-jährige Doris Zutt, Mitglied des NPD-Bundesvorstands, im mecklenburgischen Waren eine gleichnamige Zweigstelle in einer ehemaligen Fleischerei. Wer hier durch die Tür mit der handschriftlichen Ankündigung „Wir leisten uns den Luxus einer eigenen Meinung tritt“, findet auf knapp 40 Quadratmetern alles, was zum rechten Lifestyle dazu gehört: Schwarze Kapuzenpullover mit der Aufschrift „Ku-Klux-Klan“, „White Power“-Aufkleber, Bücher über sudetendeutsches Brauchtum und billige Porzellanteller mit mecklenburgischen Seenlandschaften. An Kleiderstangen hängen ordentlich sortiert Bomberjacken, dazu gibt es Springerstiefel, made in Britain. Auf einem Drehregal liegen ein paar „Hasskappen“, Hosenträger in schwarz-weiß-rot und ein Parfumflakon mit Reichsadler: „Nationalist - der besondere Duft vom großen Reich“. Und neben der Ladentheke aus deutscher Kiefer mitsamt verstaubten Plastikveilchen wird die einschlägige Literatur ausgestellt: Zum Beispiel der Band „Werwolf Winke für Jagdeinheiten“, auf dessen Titelblatt ein Soldat mit Gewehr im Anschlag direkt auf den Betrachter zielt. Autor dieser im Januar 1945 geschriebenen „grundlegenden Regeln des Partisanenkriegs“: Artur Erhardt, SS-Hauptsturmführer und Chef der „Bandenbekämpfung“ im Führerhauptquartier.

Verboten ist das nicht, genauso wenig wie die Rechtsrock-CDs, die im Schaufenster und im Hinterzimmer ausliegen: „Oithanasie“, „Faustrecht“, „Freikorps“, „Sturmwehr“ und „Triebtäter“ - die Namen der rechtsextremen Skinheadbands sind eindeutig; ihre Botschaft ist es auch: „Zerschlagt den Terror“ heißt es da auf einem Cover oder „Du bist Deutscher“. Wer es eher historisch mag, der findet hier Marschmusik des Reichsarbeitsdienstes oder Soldatenlieder. Der Wandschmuck: Ein NPD-Kalender mit wehenden Fahnen und Bandposter von „Skrewdriver“, den Gründungsvätern des Mitte September in Deutschland verbotenen Neonazi-

netzwerks „Blood&Honour“. Die seit Wochen andauernde Debatte um ein Verbot der NPD spiegelt sich hier allenfalls in den NPD-Propagandablättern auf dem Ladentisch wieder.

Hinter der Ladentheke in Waren bedient der Sohn des Ehepaars Zutt. Doris Zutt reist nur „in den Ferien“ und „zu besonderen Anlässen“ von Ehringshausen nach Waren. Präsent ist sie in der sechshundert Kilometer entfernten „Perle an der Müritz“ trotzdem: Zum Beispiel mit einem „offenen Brief“ an Warens SPD-Bürgermeister Günter Rhein, den ihre Anhänger vor wenigen Wochen in die Briefkästen im Plattenbauviertel am Stadtrand steckten. Selbstherrlich empfiehlt sie da dem Bürgermeister die Lektüre revisionistischer Literatur zum besseren Verständnis neuerer Geschichte, zitiert Rosa Luxemburg mit „Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersdenkenden“ und wirft Rhein Zensur vor, weil der sich beschwert hatte, dass ein lokales Anzeigenblatt Anfang August eine großformatige Anzeige vom „Patrioten Treff“ abgedruckt hatte.

■ „Schutzzone für Deutsche“ ■

Doch Doris Zutt belässt es nicht beim Lamentieren. Als Unbekannte Mitte September die Schaufensterscheiben mit Pflastersteinen einschmissen – angeblich zum fünften Mal innerhalb eines halben Jahres –, drohte sie telefonisch gegenüber der lokalen „Müritz Zeitung“: „Bisher waren unsere Jugendlichen brav und anständig. Aber jetzt reicht es. Ich garantiere für gar nichts mehr. Ich werde hier Aufmärsche organisieren. Dann ist Waren nicht mehr nur als schöne Stadt am Wasser bekannt.“ Seitdem sind die zerborstenen Schaufensterscheiben am Patrioten Treff mit braunen Pappkartons verklebt. Und die Bevölkerung in Waren, die den Laden seit seiner Eröffnung im November vergangenen Jahres kaum beachtet hatte, ist aufgeschreckt.

Das Konzept, mit dem NPD-Funktionäre wie Doris Zutt versuchen, sich gesellschaftlich zu verankern und Anhänger zu gewinnen, ist nicht neu. „Schafft befreite Zonen“ kam schon 1992 aus Kreisen der NPD-Hochschulorganisation die Vorgabe. Ein Bestandteil: „Unabhängige“ Buchläden, „wo man auch Bücher und Schriften, Aufkleber und Flugblätter kaufen kann, die man sonst nirgends bekommt, „sowie eigene Druckereien, Werbeagenturen und Reiseunternehmen. Das Ziel – „Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind“ – wird mit

Hilfe der entsprechenden Musik transportiert und vom jugendlichen Fußvolk umgesetzt.

Das findet sich auch in Waren und Umgebung, zum Beispiel bei der „Kameradschaft Waren“, dem örtlichen NPD-Verband und in den umliegenden Dörfern und Kleinstädten, insbesondere im knapp 50 Kilometer entfernten Neustrelitz, wo die NPD während des Landtagswahlkampfes 1998 und im vergangenen Jahr mehrfach aufmarschierte. Eine rechte Hochburg sei Waren keineswegs, meinen Bürgermeister, Polizei und Verfassungsschutz jedoch übereinstimmend. Zwar seien rechte Propagandadelikte und Sachbeschädigungen in den letzten Monaten leicht angestiegen. So schmierten Ende August unbekannte Rechte in einer Nacht in Waren Hakenkreuze an das historische Alte Rathaus, das Redaktionsgebäude der Lokalzeitung und den Dienstwagen der Regionalen Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA). „Eine gezielte Aktion“, sagt der Staatschutz in Neubrandenburg. Ob sie im Zusammenhang mit der Hess-Aktionswoche oder dem Patrioten Treff stünde, darüber könne man nur spekulieren.

Als gesichert gilt hingegen, dass sich in der „Schutzzone für Deutsche“, wie ein Aufkleber im Patrioten Treff verkündet, alles tummelt, was rechts ist: Unorganisierte Skinheads, Mitglieder des NPD-Kreisverbandes und Neonazis. Der Laden habe eine Anziehungskraft über die Szene in Waren hinaus, sagt der der mecklenburgische Verfassungsschutz. Das Ziel: Ungestört Geld verdienen und Partei-Propaganda verbreiten.

Fast ein Jahr lang hatte man in der Touristenstadt Waren „Zutt's Patrioten Treff“ in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Erst auf Intervention empörter Anwohner hin, entfernte beispielsweise der örtliche Webanbieter mediatel.de, der im Internet die Warener Geschäftswelt präsentiert, die Webseite der rechtsextremen Filiale aus seinem Angebot. Auch ein lokales Anzeigenblättchen hatte die Werbeanzeige des Patrioten Treffs abgedruckt. Warens SPD-Bürgermeister Günter Rhein dagegen beschäftigt sich schon länger mit dem Laden: Mehrfach waren Beamte des Staatsschutzes und Mitarbeiter des Ordnungsamtes im Patrioten Treff vorstellig. Strafrechtlich relevantes Material fanden sie nicht. Auch mit dem Gewerbeamt oder der Bauordnung war den Zutts bisher nicht beizukommen. Und so appelliert Bürgermeister Rhein inzwischen öffentlich an die Warener Bevölkerung, den Zutts und ihrem braunen Anhang entgegenzutreten. *Heike Kleffner*

Seitenblick**Keine Ruhe für Tote**

Unter Massengräbern soll Münzgrab entstehen. Immobilienhändler kauft Teile eines ehemaligen Konzentrationslagers.

Seit Jahren wechseln die Grubenanlagen der Thekenberger Höhlen vor den Toren Halberstadts immer wieder ihren Besitzer. An sich ein normaler geschäftlicher Vorgang, hier ist er jedoch von historischer Brisanz: Mehrere Tausend Zwangsarbeiter ließen beim Ausschachten der Gruben ihr Leben, die 13 Kilometer langen Stollen wurden zwischen 1944 und 1945 in nur 11 Monaten von Häftlingen eines Buchenwald-Außenlagers mit primitivsten Mitteln in die Felsen gehauen. Vor wenigen Tagen ist ein neuer Käufer aufgetaucht. Der Bremer Immobilienhändler Rolf Borchering hat die Anlage, vor deren Eingängen noch heute Massengräber und eine Gedenkstätte vom Leid der Häftlinge zeugen, gerade erst für vier Millionen Mark erworben. Die potenzielle Nutzungsidee des Investors: In dem Untertage-System sollen die Alt-Münzen der Euro-Staaten nach der Währungsreform 2002 eingelagert werden. Womit nur eine schon geläufige Nutzung ihre Fortsetzung finden würde. Denn in einem der Stollen rottet hinter dickem Beton- und Mauerwerk das Papiergeld der DDR vor sich hin.

„Das Kommando Bauleitung B II“, so der Name des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt während der Kriegszeit, „war eindeutig ein Vernichtungslager, nur sehr wenige Häftlinge haben die Torturen überlebt“, resümiert Lutz Miehe vom Dezernat für Gedenkstätten im Regierungspräsidium Magdeburg. Nach heutigen Recherchen, so Miehe, „kamen über 2000 Häftlinge im Lager selbst ums Leben, die restlichen wurden von der SS auf einen Todesmarsch quer durchs heutige Sachsen-Anhalt getrieben“. Wer starb, blieb einfach liegen oder wurde am Wegesrand verscharrt. Der Todesmarsch fand in der Altmark bei Gardelegen ein jähes Ende. Dort wurden die übrig gebliebenen Häftlinge mit Gefangenen aus anderen Lagern in Isenschnibbe in eine Scheune getrieben. Die Scheune wurde auf Anweisung der SS-Scheren angezündet, wer versuchte, aus dem brennenden Gebäude zu flüchten, wurde von der SS zusammengeschoßen. „Der Todesmarsch und der Massenmord in der Scheune von Isenschnibbe kostete allein aus dem Malachit-Lager weitere 2500

Menschenleben“, so Miehe. Als das Lager am 11. April von den US-Alliierten befreit wird, sind nur noch einige hundert der vormals über 5000 Häftlinge am Leben, die sich dem Todesmarsch entziehen konnten. Unter dem Projektnamen „Malachit“ sollten die Arbeitssklaven „für BMW und Junkers Flugzeugmotoren montieren“, sagt Miehe.

Die Bewohner der umliegenden Gemeinden wussten von alledem angeblich nichts: „Ich kann mich noch genau daran erinnern, dass wir kurz vor Kriegsende einige Häftlinge sahen. Das war unmittelbar nach der Befreiung durch die Amerikaner, es müssen also Häftlinge gewesen sein, die auf dem Todesmarsch im Graben liegen geblieben sind“, erinnert sich Gisela Reinhardt. Sie lebte damals als 12-jähriges Mädchen bei ihren Großeltern in Desdorf, wenige Kilometer vor Halberstadt. „Es waren vier oder fünf junge Männer, sie sahen so schrecklich aus, dass viele der Dorfbewohner Angst bekamen und ihre Haustüren verschlossen. Dafür muss man sich noch heute schämen“, sagt die jetzt 68-Jährige. Später habe der Bäcker ihnen Brot gegeben, erzählt die Augenzeugin. „Sie waren so ausgemergelt, dass sie kaum essen konnten. Den Anblick der Gesichter werde ich nie vergessen können.“ Die Bewohner waren schockiert, als sie erfuhren was sich fast unmittelbar vor ihren Haustüren abgespielt hatte. „Die Leute konnten nur spekulieren, was hinter dem Stacheldraht getrieben wurde, wir hatten wirklich keine Ahnung.“

Durch Gebietstausch der US-Alliierten mit der Sowjetunion, fällt die Grube vor Halberstadt noch im Sommer 1945 an die Rote Armee. Die teilt der deutschen Bevölkerung mit, dass die Stollen gesprengt worden seien. In Wahrheit nutzen die Sowjets das ehemalige Konzentrationslager fortan als Geheimdepot für Munition und Sprengstoffe. Die DDR-Regierung errichtet am 11. September 1949 eine Gedenkstätte vor den Höhleneingängen. Mit der Pietät nahm es das SED-Regime zumindest in diesem Falle jedoch nicht so genau: Unmittelbar auf den Massengräbern werden später große Betonplatten gegossen. Darauf fanden in den kommenden Jahrzehnten Fahnenweihen der Nationalen Volksarmee und FDJ-Feiern statt. Ende der 70er Jahre übernimmt die NVA den Malachit-Stollen, auch die Armee der DDR nutzt ihn als Lager, sagt Miehe. „Zwischen 1981 und 1985 wird der Stollen ausgebaut, die NVA richtet einen unterirdischen Bahnhof ein und befestigt fast zwei Drittel der Stollenwände.“ In einem der Endstollen wird das Endlager für die DDR-Währung geschaffen.

Milliarden an Geldscheinen werden mit Wasser versetzt hinter einem dicken Wall aus Steinen und Beton dem Verrottungsprozess überlassen.

Mit der deutschen Vereinigung ging die Anlage in das Vermögen des Bundes über, seit 1990 wurde sie teilweise von der Bundeswehr genutzt. Dem Bund wird die Unterhaltung der Anlage zu teuer, im Februar 1993 wird die Schließung beschlossen. Am 1. Januar des folgenden Jahres übernimmt das Land Sachsen-Anhalt die Stollen und verkauft an die Gupe, die Gesellschaft für Umweltsanierung, Planung und Entwicklung aus dem Landkreis Wernigerode. „Damals wurden Bestechungsvorwürfe gegen die Gesellschafter der Gupe erhoben, der Kaufvertrag über eine Million Mark aufgelöst und ein halbes Jahr später konnte das Gelände von einem anderen Investor übernommen werden“, erinnert sich Gerhard Bieler, Rechtsamtsleiter von Halberstadt. Die Stadt zeigte ebenfalls Kaufinteresse, „damit kein Schindluder mit der einstigen KZ-Anlage getrieben wird“, wie die heutige Bürgermeisterin Ute Gabriel meint, „für unsere Gemeinde ist die Anlage aber einfach nicht zu finanzieren“. Zuletzt sei von Kaufsummen um fünf Millionen Mark die Rede gewesen, „da konnten wir nicht mithalten, selbst wenn wir wollten“, sagt Gabriel. Nun begann die Zeit der Besitzerwechsel und Spekulationen. Bieler: „Seit dort das DDR-Papiergeld eingelagert wurde, kam ein Gerücht nach dem Anderen auf. Es war von einem Lager für Kühlschränke und anderer „Weißer Ware“ eines großen Versandhauses die Rede, später hieß es Hochofenschlacke, dann wieder Alt-Währungen. Doch es blieb bei Gerüchten, ein vernünftiges Konzept ist bisher nicht gefunden worden.“ Immobilienhändler Borchering, der schon einmal über den Ankauf verhandelt hatte, damals aber nicht zum Zuge gekommen war, ist fest entschlossen, im ehemaligen Konzentrationslager „Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn die Anlage gleich bei mir gelandet wäre, sähe es dort jetzt anders aus“, sagt er. Moralische Bedenken habe er keine, die Gedenkstätte „wird aber auf jeden Fall bestehen bleiben“. Derzeit ist das Land damit beschäftigt, das in den 70er Jahren etwas abseits des Zugangs zum Stollensystem errichtete Museum zu erweitern und umzugestalten.

„Um den Toten gerecht zu werden, wollen wir in den nächsten Jahren auch die Betonplatten von den Massengräbern entfernen und die Flächen begrünen“, sagt Miehe. „Dann trampelt wenigstens niemand mehr direkt auf den Toten herum.“

Eberhard Löblich

Nachruf

Mutiger Mahner

Mit einem Staatsakt wurde am 7. November ein „Jahrhundert-Mann“ geehrt: Josef Felder, ein mutiger Parlamentarier und vorbildlicher Mensch. Am 23. März 1933 hatte er zusammen mit 93 anderen Sozialdemokraten gegen das Ermächtigungsgesetz des Diktators Adolf Hitler gestimmt.

Erst am 24. August hatte Felder, in der SPD liebevoll als „der rote Großvater“ betitelt, seinen 100. Geburtstag gefeiert, am 28. Oktober starb er, am 6. November wurde er beerdigt. Felder, der von 1932 bis 1933 dem Reichstag und von 1957 bis 1969 dem Bundestag angehörte, war schon zu Lebzeiten ein Denkmal. Sein Tod fiel in eine Phase, die zur Erinnerung an eine Symbolfigur wie ihn ideal war. Zwei Tage danach wurde der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 gedacht, als die Nazis Synagogen und jüdische Geschäfte zerstörten, und in Berlin findet eine Kundgebung gegen den Rechtsextremismus statt.

In diesem Umfeld hatte die Gedenkstunde für Josef Felder besondere Bedeutung. Die höchsten Repräsentanten der Republik waren dabei, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und der ehemalige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel den Mann würdigten, der lange Zeit als „der letzte noch lebende Reichstagsabgeordnete“ gerühmt wurde, der es 1933 gewagt hatte, sich der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zu widersetzen.

„Eine Jahrhundertgestalt“ nannte Thierse den gebürtigen Augsburger Felder - nicht nur, weil sein Leben das gesamte 20. Jahrhundert umspannte, sondern weil er die extremen Rechten, die Nationalsozialisten und die Neonazis immer gradlinig und aktiv bekämpft hat. Unermüdlich warnte Felder vor fehlendem Engagement für die Demokratie. „In der Weimarer Republik“, so sagte er über die Zeit von 1919 bis 1933, „hatten wir einfach zu wenig Demokraten. Und dort, wo es sie gab, haben sie sich zu leicht zurückdrängen lassen.“ Für sich zog er daraus die Lehre: „Eintreten für die Freiheit steht über allen anderen politischen Interessen.“

Erinnern werden wir uns an einen Menschen, der vorbildlich handelte und später nie große Worte darum machte. Der nie aufhörte, seine nachfolgenden Generationen aufzuklären und zu mahnen. Sein Buch mit dem Titel „Warum ich Nein sagte“ ist im Pendo Verlag erschienen. *Helmut Lölhöfel*

Grauzone**Fahnenflüchtige**

Das neonkonservative Intelligenzblatt „Criticón“ entpolitisiert sich zusehends.

Als publizistische Reaktion auf die linke 68er-Revolution entstand zu Beginn der siebziger Jahre als neokonservative Antwort die Zeitschrift „Criticón“. Zuerst ein reines Rezensionsorgan mit schmalen Umfang, mauserte sie sich im Laufe der Jahre zu einem der wichtigsten Organe der intellektuellen deutschen Rechten. Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing, dessen Name für Jahrzehnte untrennbar mit dem Blatt verbunden war, sorgte einerseits dafür, dass die grundsätzliche Ausrichtung am Projekt einer rechtskonservativen Gruppierung wie der Deutschen Partei der fünfziger Jahre beibehalten wurde, und andererseits dafür, dass seine Zeitschrift stets einen strömungsübergreifenden Charakter hatte. Besonders der regelmäßige Mitarbeiter Armin Mohler sorgte dafür, dass gelegentlich auch Vertreter der europäischen „Neuen“ Rechten zu Wort kamen.

Vor einem Jahr hat Schrenck-Notzing seine Gründung in jüngere Hände gegeben. Der neue Herausgeber Gunnar Sohn begann seine politische Karriere bei der Jungen Union in Berlin. Neben den Autoren steht ihm besonders Chefredakteur Wolfgang Zabel, von der CDU-nahen Paneuropa-Union kommend, zur Seite. Bereits damals war im „blick nach rechts“ gezweifelt worden, ob Schrenck-Notzing an dem neuen Mann an der Spitze seine Freude haben werde. Die Prognose hat sich bewahrheitet. Es gibt einen heftigen Krach um „Criticón“.

Noch in der letzten Ausgabe des Jahres hatte sich das Führungsduo Sohn/Zabel zufrieden geäußert. Es seien einige Presseechos auf die Dreimonatschrift erfolgt, wobei besonders die positive Berichterstattung des „Focus“ hervorgehoben wurde. Genannt wurde auch die „Junge Freiheit“, verschwiegen dagegen, dass dort Thorsten Thaler, neben Dieter Stein nunmehr dienstältester Redakteur, deutlich auf Distanz gegangen war. Thaler bemängelte vor allem zunächst, dass das bewährte Layout - „ein Markenzeichen mit hohem Wiedererkennungsfaktor“ - aufgegeben worden war, um dann zu kritisieren, dass Stammautoren aus dem Blatt verschwanden. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang Armin Mohler.

Offenbar macht man bei der „Jungen Freiheit“, die zeitweise ein nahezu symbiotisches Verhältnis zu „Criticón“ pflegte, vor allem Gunnar Sohn für einen als negativ erachteten Kurswechsel verantwortlich. Ausschlaggebend ist wohl der Kritikpunkt, dass der neue Herausgeber „jedem nationalen Denkansatz eine Absage“ erteile, was für viele Stammleser nur schwer verdaulich sei.

Mochte man dies zunächst noch als Streit unter Freunden durchgehen lassen, als Auseinandersetzung um den richtigen Kurs, wobei die selbst orientierungslose JF der „Criticón“-Mannschaft ins Steuer greifen wollte, war doch die Schärfe der Kritik erstaunlich. Immerhin ist der Anteil von Autoren, die für beide Blätter schreiben, erheblich. Doch die JF orientiert sich in getreuer Anlehnung an ihren Mentor Heinrich Lummer, der inzwischen die Reihen der Deutschen Konservativen verstärkt, zunehmend am rechten Flügel der Unionsparteien und will diese von rechts unter Druck setzen, indem stets mit der Drohung der Gründung oder Favorisierung einer „Vierten Partei“ gearbeitet wird. Bei Sohn/Zabel hingegen ist eine Tendenz zur Entpolitisierung beziehungsweise einer Trendwende in die falsche Richtung zu erkennen.

So folgte nur wenige Wochen nach der Kritik Thalers ein Totalverriss durch Günter Zehm in dessen wöchentlicher Pankraz-Kolumne. „Anarcho-Kapitalisten“ hätten „Criticón“ zu ihrem Zentralorgan umgestaltet. Die Folge sei Propaganda für „einen extrem entfesselten, eben ‘anarchischen’, Turbo-kapitalismus“. Die Orientierung an der neoliberalen Chicagoer-Schule sei verhängnisvoll. Zehm fühlt sich scheinbar persönlich vor den Kopf gestoßen: „Alle Nicht-Anarcho-Kapitalisten werden als vergreiste Trottel, provinzielle ‘Kohlianer’ oder ‘austauschbare Angestellte’ hingestellt.“ Zabel und Sohn seien „als Hofnarren angetreten, sie sorgen für ‘political correctness’ im Cafehaus, und ihre breitmäuligen Attacken gegen alles Vaterländische kommen sogar den Regierenden in Berlin gelegen“. Dort, wo die „Junge Freiheit“ auf eine Konzentration aller Kräfte zielt, um die Bundesregierung abzulösen und damit demnächst wieder in einem politisch und ökonomisch freundlicheren Fahrwasser schwimmen zu können, übt nach der Analyse von Thaler und Zehm „Criticón“ Verrat am nationalen Gedanken. Der Streit wird also wohl weitergehen, denn eine Schwerpunktverlagerung von „Criticón“ auf den Kulturbereich ist tatsächlich ebenso wenig zu übersehen wie ein deutlicher Verfall des intellektuellen Niveaus.

Volkmar Wölk

Aktivitäten**Vereint mit Neonazis**

NPD-Anhänger ignorieren vielfach die Weisung des Bundesvorstands, keine Demonstrationen durchzuführen.

Nachdem die „Freien Kameradschaften“ bereits am 21. Oktober in Dortmund demonstriert hatten, folgte am 28. der nächste Aufmarsch in Düsseldorf. Seit Anfang September mobilisierten sie für eine „Großdemonstration“ unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Nationalisten - Argumente statt Verbote“ am 28. Oktober in Düsseldorf. Lediglich 300 Neonazis waren allerdings erschienen. Eine Woche zuvor in Dortmund gingen 500 Neonazis „gegen die verleumderische Berichterstattung und Hysterie der Medien gegen rechts“ auf die Straße. Nicht nur deswegen war ihnen schon bald die Enttäuschung anzusehen: Für ihren zwei Kilometer langen Marsch benötigten sie fast fünf Stunden. Immer wieder musste der von 4 000 Polizeibeamten abgesicherte Demonstrationzug aufgrund von Gegenprotesten stoppen und bis zu 90 Minuten ausharren, bevor es weiterging. Auf dem Rückweg von der Zwischenkundgebung am Innenministerium wurde den Kameraden dann von der Polizei untersagt, ihren vom Düsseldorfer Kameradschaftsmitglied Stefan Krekel gefahrenen Lautsprecherwagen für weitere Durchsagen und Parolen zu nutzen. Mehrmals war zuvor über diesen „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ skandiert worden, was dem Einpeitscher noch vor Ort ein Ermittlungsverfahren wegen Werbens für eine verbotene und verfassungsfeindliche Organisation bescherte.

Organisiert worden war die Demonstration vom „Widerstand West“, einem Zusammenschluss nordrhein-westfälischer Freier Kameradschaften. Nachdem in Dortmund der Anführer der „Freien“, Christian Worch, die Anmeldung des Aufmarsches übernommen hatte, stellte sich hierfür in Düsseldorf der Neusser NPD-Kreisvorsitzender Reinhard Vielmal aus Dormagen als „Privatperson“ zur Verfügung. Die organisatorische Abwicklung der Demonstration lag jedoch in den Händen der „Kameradschaft Düsseldorf“ um Sven Skoda. Dieser wurde von den nordrhein-westfälischen Führungskameraden Siegfried Borchardt (Dortmund), Ralf Tegethoff (Bad Honnef), Christian Malcoci (Jüchen) und Carsten Köppe (Witten) unterstützt. Auch der Bonner NPD-Kreisvorsitzende Hans-Robert Klug wirkte in der

Demonstrationsleitung mit. Ebenso wie Vielmal konnte offenbar auch er dem Beschluss des NPD-Bundesvorstands, derzeit keine Demonstrationen durchzuführen, und der Distanzierung der NPD von der Düsseldorfer Demonstration nichts abgewinnen. Neben der „Kameradschaft Düsseldorf“ und ihrem zahlreichen Umfeld waren insbesondere Neonazis aus dem Ruhrgebiet, Hagen, dem Ennepe-Ruhr-Kreis, dem Bonner Raum und dem Kreis Mettmann vor Ort anzutreffen. Auch die ehemalige JN-Stützpunktleiterin aus dem Ruhrgebiet und heutige Betreiberin des Düsseldorfer-CD-Vertriebs Hagalaz-Versand, Melanie Dittmer, und der ehemalige stellvertretende nordrhein-westfälische JN-Landesvorsitzende Frank Amberg aus Burscheid, beide heute für die „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (hieß vorher „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“) tätig, gaben sich nach längerer Demonstrationspause wieder die Ehre.

Nennenswerte Unterstützung außerhalb Nordrhein-Westfalens, wie in Dortmund, gab es nicht. Und sogar reihenweise Kameradschaften aus NRW wie die ansonsten immer präselektierte „Sauerländer Aktionsfront“, die Siegener „Kameradschaft 2/130“, die ostwestfälischen Kameradschaften, der Kölner „Kampfbund Deutscher Sozialisten und die stets präsenten Aktivisten von der „Nederlandse Volks-Unie“ ließen sich nicht blicken. Viele Neonazis zogen es offenbar vor, aufgrund der Gegenaktionen von einer Teilnahme an dem Aufmarsch abzusehen. Ihnen blieben zumindest die Reden erspart. Während sich Skoda und Tegethoff einmal mehr in Röhren- und Goebbels-Kopien versuchten, schaffte es Vielmal nur mit großer Mühe, seine dreiminütige wirre Rede vom Papier abzulesen. Ein angeblich „bekannter nationaler Redakteur“ namens „Truchs“ und eine nicht näher vorgestellte „Vertreterin der Erlebnissgeneration“ standen ihm in nichts nach. Letztere appellierte an die „jungen Kameraden“, doch mehr auf ihr „Äußeres zu achten“. Besorgt um das Bild der „Deutschen Jugend“ in der Öffentlichkeit hatte sie zuvor vergeblich versucht, einem angetrunkenen neonazistischen Skinhead die Bierdose zu entreißen.

Erwartungsgemäß verkaufte das „Widerstandsbüro“ von Skoda den Aufmarsch via Internet als Erfolg. „Der Nationale Widerstand“ sei „in Deutschland wieder eine politische Kraft geworden, die in jeder Stadt, in jedem Dorf stolz Flagge zeigt“. Man habe „ein medienwirksames Zeichen gegen die Medienhetze und Verbotshysterie in der BRD“ gesetzt.

Pierre Briegert

Dokumentation**Gegen das System**

Bundestag und Bundesrat haben beschlossen, den Antrag auf ein NPD-Verbot zu stellen. Der Verfassungsschutz sieht in der NPD eine „ernsthafte Gefahr“ für die freiheitliche demokratische Grundordnung. In einem 500-seitigen „streng geheim“ eingestuften Bericht des Bundesamts und der Landesämter sind hinreichend Belege für verfassungswidrige Ideologie und Aktivitäten der Partei belegt. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge aus der 74 Seiten zählenden - nichtöffentlichen - Zusammenfassung.

Die NPD geht nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger darauf aus, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und zu beseitigen. (...) Bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aktivitäten nimmt sie eine aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ein.

Die folgenden Fakten basieren auf dem aktuellen Parteiprogramm von 1996, Äußerungen führender Funktionäre, Veröffentlichungen im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ und sonstigen NPD-Publikationen einschließlich derjenigen ihrer Landesverbände sowie den übrigen Parteiaktivitäten (...)

Jedenfalls in der Gesamtschau der Äußerungen und Aktivitäten der Partei zeigt sich ihr verfassungsfeindliches, auf Untergrabung und langfristige Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes Ziel.

An diesen Bestrebungen hat die Partei stets festgehalten und seit Amtsübernahme des Parteivorsitzes durch Voigt zudem aggressive Handlungsanleitungen und Umsetzungsstrategien entwickelt. (...)

Die Unvereinbarkeit des konkret von der NPD vertretenen Staats- sowie Menschenbildes mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung wurde bereits in einer Reihe höchstrichterlicher Entscheidungen festgestellt, z.B. in der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Mai 1983:

„... Die NPD bekämpft die übrigen Parteien in einer Weise, die deutlich darauf abzielt, sie aus dem politischen Leben auszuschalten. Sie macht sich dabei Methoden und Begriffe der NSDAP zu eigen...“

Die NPD kämpft gegen „das System“, womit sie die freiheitliche Ordnung in Deutschland meint. (...) In einem 1999 in dem Verlag „Deutsche Stimme“ erschienenen Buch ... wird das politische System als „das Grundübel der deutschen Gegenwart“ bezeichnet. Weiter heißt es dort: „Kurzum, der Parlamentarismus ist für wahrhafte (National)-Demokraten völlig überflüssig geworden!“ (...) In einer Publikation der NPD mit dem Titel „Klartext. Die Deutsche Stimme von Königstein, Nr. 3, August 1999, schrieb der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat: „Das BRD-System ist am Ende ... Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler...“ (...)

Die NPD missachtet ausweislich ihres Programms und der Äußerungen ihrer Funktionäre in Parteipublikationen sowie öffentlichen Auftritten wesentliche Menschenrechte. Dies zeigt sich in ihrem völkischen Kollektivismus, in Antisemitismus sowie in einer rassistischen und fremdenfeindlichen Grundhaltung (...)

In einer Rede auf einer Schulungsveranstaltung der NPD 1999 erläuterte ein hoher JN-Funktionär, Volk sei ein biologischer Begriff und bedeute deshalb auch „Volksgemeinschaft“. Dieser Gemeinschaft könne man nur blutsmäßig durch Geburt angehören. Das Individuum sei also „eingebunden in den Blutstrom“, es könne sich diesen nur „blutsmäßig aneignen“. (...)

Anlässlich einer Mitgliederversammlung des NPD-Kreisverbandes Rosenheim erklärte der JN-Pressesprecher Michael Praxenthaler: „Dieses verjudete Bonner System ... Manchmal denke ich mir, eines Tages stehe ich früh auf, ziehe meine schwarze Uniform an und dann ist es so, als ob nichts gewesen ist und ich gehe nach - Dachau.“ (...)

In ihrem Wahlprogramm zur Europawahl am 13. Juni 1999 beklagt die Partei einen nationalen Notstand u.a. als Folge einer „systematisch betriebenen ethnischen Überfremdung Deutschlands“, durch die ... bereits heute ein „mit sozialen Sprengsätzen verminter Vielvölkerstaat auf kleinstem Raum“ geworden sei. So bezeichnete ein hoher Funktionär in seiner Rede auf einer Schulungsveranstaltung der Partei Ausländerfeindlichkeit als „normale“ Verhaltensweise. Mit seiner Ausländerfeindlichkeit wehre sich das Volk auch deshalb, weil es spüre, sonst eine „innere biologische Heimatvertreibung“ erdulden zu müssen ... Dagegen verfolge der Liberalismus eine „Herdenvertierung“. Seine menschenfeindliche Integration sei gegen die Natur, während die NPD als „menschenfreundliche“ Partei gegen die „Vertierung des Menschen“ kämpfe. (...)

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen behauptet in seiner Beilage zum Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (Nr. 10/03-2000): „*Rassenvermischung ist gegen die Natur und Völkermord!*“ (...)

Aufgrund ihres politischen Weltbildes und ihrer Ideologie befindet sich die NPD wesensgemäß in einem Kampf mit der Demokratie, insbesondere mit den politischen Parteien. (...) In seiner Rede auf dem „Tag des Nationalen Widerstandes“ am 27. Mai 2000 in Passau bekräftigte der NPD-Partei-vorsitzende Voigt: „...*Die NPD ist nicht eine Partei neben den Bonner Parteien, sondern gegen sie!*...“ Im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ (Nr. 9/96) kündigte Voigt Angriffe auf politische Gegner an: „*Die NPD ... wird auch die zur Rechenschaft ziehen, die sich am Wohl des Volkes vergangen haben.*“ Mit schonungsloser Offenheit forderte der jetzige JN-Bundesvorsitzende Roßmüller im April 1998, die Mitglieder der Bundesregierung „*gehörten an die Wand gestellt - man sollte sie erhängen!*“ Im Juni 1999 bekräftigte er auf einer Demonstration in Nürnberg: „*dereinst werden 'Andere' in Nürnberg hängen.*“ (...) Auf einer Vortragsveranstaltung des NPD-Landesverbandes Baden-Württemberg im Januar 1999 forderte der Redner: „*Das Geschmeiß der jetzigen Regierung muss eliminiert werden!*“ (...)

Die NPD richtet sich mit ihrem Programm sowie den Äußerungen und Auftritten ihrer Mitglieder gegen die elementaren Grundsätze ... der Völkerverständigung ... Deutlich wird diese Bestrebung durch Forderungen der NPD nach Gebietsrevision ... ferner ihr Verharmlosen, Bezweifeln und sogar Leugnen des NS-Völkermordes sowie die den geschichtlichen Fakten zuwider betriebene Leugnung der deutschen Kriegsschuld, ... auch in Bemühungen, die NS-Verbrechen in allgemeiner Weise geschichtsrevisionistisch zu relativieren. (...)

So forderte der NPD-Bundesvorsitzende Voigt vor dem Bundesparteitag 1988 ... den „*Aufbau des deutschen Reiches*“, das sich „*von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt*“ erstrecken soll. (...)

Ein häufiger Autor der „Deutschen Zukunft“ schrieb im Oktober 1997: „... 60 000 Auschwitzakten, über Jahre hinweg gesammelt und mit Zeugenaussagen vor Ort belegt, geben nicht über Gaskammern und Völkermord her.“ Im darauffolgenden Jahr in „Deutsche Zukunft“ 2/98: „*Er weiß, dass der Holocaust zum Tummelplatz für Menschen wie Edgar Bronfman und den World Jewish Congress geworden ist ... die Angst vor dem Tag*

haben, wo sich die Holocaust-Legende in schallendem Gelächter der Welt auflösen wird.“ (...)

In der „Sachsenstimme“ wird behauptet (Ausgabe Juli/August 1997): „*am 3.9.1939 erklärte Großbritannien Deutschland den Krieg, eine Tatsache, die in BR'D'-Geschichtsbüchern gern verschwiegen wird. Kriegshetzer wie Winston Churchill ... entfachten einen ... Vernichtungskrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung.*“ (...)

Konsequenterweise kündigte Voigt am 27. November 1999 auf dem „Jubiläumsfestakt“ seiner Partei an: „*Hat die Partei erst einmal die Macht errungen, wird sie auch die jüngste Geschichte neu schreiben.*“ (...)

Gegenwärtig zeigt sich eine Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus in einer Affinität zur NS-Ideologie, in der Verherrlichung der nationalsozialistischen Diktatur, der Verwendung nationalsozialistischer Diktion ... (...) In der „Sachsenstimme“ (Mai/Juni 1997) heißt es: „*Die NPD hat keinerlei Berührungängste mit dem System des Dritten Reiches.*“ Im August 1999 äußerte der Beisitzer im NPD-Landesvorstand Bayern, Friedrich Seifert, das Ziel der Politik müsse sein, eine „*Kopie des Dritten Reiches in Wort und Bild*“ zu erreichen. (...)

Die dargelegten verfassungswidrigen Ziele und Aktivitäten der NPD erlangen dann Verbotsrelevanz, wenn die Partei eine aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei der Umsetzung ihrer Ziele und Aktivitäten verfolgt. (...)

Zur Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele hat die NPD strategische Konzepte entwickelt. Als Grundlage für die Umsetzung ihrer Ideologie hat die NPD ein auf „*drei strategische Säulen*“ (1. Programmatik: Schlacht um die Köpfe, 2. Massenmobilisierung: Schlacht um die Straße, 3. Wahlteilnahme: Schlacht um die Wähler) gestütztes Konzept entwickelt. (...) Nach den Worten Voigts muss die von der NPD angestrebte „*neue Ordnung ... mit einem radikalen Schnitt, mit einem radikalen Bruch des Althergebrachten einher laufen* ...“ (...) In ähnliche Richtung zielt auch die folgende Äußerung eines hohen Funktionärs aus dem Jahr 1998: „*Er werde mittlerweile ... als Demokrat betrachtet, in Wirklichkeit aber sei er Nationalsozialist. Um dieses System zu besiegen, müsse man sich aber als Demokrat geben ... Wie dies auch Hitler auf dem Wege zu seiner Machtergreifung getan habe, müsse der Feind mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden. Die Vorgehensweise Hitlers müsste da nur nachgeahmt werden.*“ (...)

Demokratische Initiativen**Aufstand der Guten****Großdemonstration am 9. November**

Der Wert großer Worte bemisst sich daran, was man sich ihre Verwirklichung kosten lässt. Insofern steht die eigentliche Bewährungsprobe für die „aufrechten“ Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement gegen alte und neue Nazis auch nach dem 9. November 2000 noch aus.

Die Regierung, die Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Verbände hatten aufgerufen zur Großdemonstration in Berlin unter dem weit gefassten Motto „Für Menschlichkeit und Toleranz“. Und immerhin mehr als 200 000 Männer und Frauen aller Altersgruppen waren dem Aufruf gefolgt. Ein kurzer Marsch durch das Herz der Innenstadt wurde es, begonnen mit stillem Gedenken und einer Kranzniederlegung anlässlich des 62. Jahrestages der Reichspogromnacht durch den Bundeskanzler vor der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße und endend am Brandenburger Tor mit Reden des Bundespräsidenten Johannes Rau und des Zentralratsvorsitzenden der Juden Paul Spiegel.

Im Vorfeld war viel Kritik laut geworden; Skepsis, ob ausgerechnet staatliche Organe einen „Aufstand der Anständigen“ initiieren sollten. Die schiere Zahl der Teilnehmer scheint im Nachhinein die Aktion zu rechtfertigen. Dennoch stellt sich die Frage, welchen nachhaltigen Effekt eine solche Demonstration haben wird.

Die sehr deutlichen Worte, die Paul Spiegel in seiner Rede fand, verweisen auf das Problem. Mit Blick auf die CDU – die ebenfalls zur Teilnahme an der Veranstaltung aufgerufen hatte – kritisierte er die im Begriff „deutsche Leitkultur“ kulminierende Doppelbödigkeit christdemokratischer Politik. Spiegel sagte: „Was nützt es, in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages nach den Attentaten auf die Synagogen in Düsseldorf und Berlin in wohlklingenden Reden den Antisemitismus zu verdammen, wenn einige Politiker am nächsten Tag Worte wählen, die missverstanden werden können? Was soll das Gerede um die Leitkultur? Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?“

Sicher konnte sich auch jede/r einzelne Demonstrationsteilnehmer/in fragen, wie er oder sie bei

nächster Gelegenheit auf diskriminierende Äußerungen, rassistische Übergriffe, versteckten Nationalismus reagieren wird. Denn es ist wohlfeil, mit mehr oder weniger Gleichgesinnten in großer Zahl gemeinsam auf die Straße zu gehen. Die praktische Bewährungsprobe beginnt am „Tag danach“.

Aber es stellt sich darüber hinaus die Frage, wie einzig sich überhaupt die mehr als 200 000 in ihrem Anliegen waren. Ein junger Demonstrationsteilnehmer brachte es auf den Punkt: „Wenn man hundert Leute fragen würde, warum sie heute hier dabei sind, bekäme man bestimmt hundert verschiedene Antworten“, meinte er.

Wie schwierig es in der Praxis ist, wenn staatliche Organe gemeinsam mit „ihrem“ Volk die Abstimmung mit den Füßen wagen, zeigte sich besonders sinnfällig, als Bundesinnenminister Otto Schily in der Menschenmenge auftauchte: Vom „gemeinen Volk“ trennten ihn nicht weniger als 20 uniformierte Polizisten – nötige Sicherheitsauflagen, gewiss, doch auch Synonym für die Distanz zwischen „oben“ und „unten“.

Was positiv auffiel bei dieser Veranstaltung: Es zogen auffällig viele Jugendliche von der Oranienburger Straße zum Brandenburger Tor. Teenies, denen am Ende der Bundespräsident eindringlich zurief: „Auf Euch kommt es an. Wehrt Euch gegen rassistische Sprüche! Lasst Euch dumme Parolen nicht gefallen! Gebt dem Hass und der Gewalt keine Chance!“ Ob aber diese Jugendlichen tatsächlich den Mut haben (können), sich in ihren Schulklassen oder Freizeiteinrichtungen nachdrücklich gegen Skinheads und andere Neonazis zur Wehr zu setzen – auch das kann nur die Zukunft zeigen.

In der Hoch-Zeit der Großdemonstrationen Anfang der achtziger Jahre waren es stets Basisgruppen, Oppositionelle durch und durch gewesen, die den Protest gegen Atomkraft, gegen Atomwaffen und eben auch gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit organisiert hatten. Zivilcourage war damals gefragt, an Demonstrationen und Sitzblockaden teilzunehmen – eben weil sie sich gegen „staatliche Gewalt“ richteten. Von dieser Haltung, diesem politischen Klima der Basisbewegung ist zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht viel übrig geblieben. Insofern ist es nur folgerichtig, dass die „staatlichen Organe“ diesmal die Bürger mobilisierten. Wenn die Demonstration Nachdenken über eigenes Handeln und Mut zu Zivilcourage ausgelöst hat, dann mag dieser 9. November für eine positive Wende stehen.

Guðrun Giese

Antisemitismus

Hass auf Juden

Fast überall haben die Anschläge auf jüdische Einrichtungen zugenommen.

„Nach 1991 erlebte Deutschland eine Welle rechts-extremistischer Gewalt. Innerhalb eines Jahres vervielfachte sich die Zahl der Anschläge auf 850. Ein Jahr später erreichte sie ihren bisherigen Höhepunkt mit rund 1.500 ... Als im Laufe der nachfolgenden Jahre die Zahlen der rechtsextremistischen Anschläge zurückgingen, verlor sich allmählich wieder das öffentliche Interesse ... Insbesondere der bisher nicht aufgeklärte Anschlag in Düsseldorf vom 27. Juli dieses Jahres sowie eine Reihe weiterer Anschläge u.a. auf jüdische Einrichtungen führten dazu, dass die Diskussion sich wiederbelebt und bald eine bisher nicht gekannte Dimension annahm.“ Das sind die neuesten offiziellen Zahlen, veröffentlicht von Heinz Fromm, dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Warum neben Heimen für Asylsuchende immer häufiger Juden und jüdische Einrichtungen angegriffen werden, darauf gibt es bisher noch keine überzeugenden Antworten. Die meisten kennen persönlich keinen Juden - kein Wunder bei nicht einmal 100 000 Juden in der ganzen Republik mit fast 80 Millionen Einwohnern.

So viele Anschläge auf jüdische Einrichtungen wie in jüngster Zeit hat es zuletzt vor zehn Jahren gegeben. Damals litten Juden besonders in Südamerika unter Explosionen und Bombenanschlägen auf Krankenhäuser, Schulen und Synagogen. Jetzt reißt die Welle von Attentaten in Europa, Australien und erneut südamerikanischen Staaten nicht ab. Was im Einzelnen getan werde, behält die Polizei aus gutem Grund für sich. Es solle „nicht groß in die Öffentlichkeit gebracht werden“, sagte ein Sprecher der Heidelberger Polizei. Die Sicherheitsmaßnahmen gehen jedenfalls weit über das hinaus, was für jeden sichtbar ist.

In den Niederlanden werfen jüdische Gemeinden der Regierung in Den Haag und den Medien vor, die Vorfälle nicht ernst genug zu nehmen. Einige Vorfälle seien wohl heruntergespielt worden, um keine Nachahmer zu ermuntern, erklärte in Amsterdam Ronnie Naftaniel vom jüdischen Informationszentrum Cidi. Die 45 000 niederländischen Juden fühlen sich nicht hinreichend geschützt. Nafta-

niel sagte weiter: „Unsere Politiker stellen sich taub. Sie gehen davon aus, dass es in Holland keinen Antisemitismus gibt und dass Anschläge auf jüdische Einrichtungen, wie sie in Spanien, Frankreich oder Deutschland registriert werden, hier einfach nicht vorkommen. Diese naive Einstellung macht uns Sorgen.“ Dabei ist die Lage in den Niederlanden bedrohlicher als in der Bundesrepublik oder in Spanien. Als Juden erkennbare Bürger werden in aller Öffentlichkeit beschimpft. In Emmen wurde eine Bombe in die Synagoge geschleudert, in Oss stürmten Jugendliche die Synagoge, zerschmetterten Scheiben und grölten „Heil Hitler“, in Amsterdam warfen junge Leute Steine auf eine Synagoge und belagerten sie. Die Polizei befreite die Juden, ließ die Täter aber laufen.

In England wurden während der hohen jüdischen Feiertage im Herbst landesweit mindestens 50 antisemitische Vorfälle registriert - von Angriffen auf Synagogen bis zu judenfeindlichen Graffiti. Der Sprecher einer jüdischen Gruppe in London sagte dem „Jewish Chronicle“. „Wir dürfen in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen.“ In Italien wurden die Sicherheitsvorkehrungen für Synagogen und andere jüdische Einrichtungen landesweit verstärkt. Leone Paserman, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Rom beklagte: „Italiens Massenmedien haben eine Desinfektionskampagne lanciert, die antiisraelische und antijüdische Gefühle fördert.“ Gleichfalls während der hohen Feiertage gab es von Rechtsextremisten Anschläge auf Synagogen, jüdische Schulen und Krankenhäuser in den australischen Städten Sydney und Canberra.

Viele dieser Vorfälle werden zwar in Zusammenhang mit der wachsenden Gewalt im Nahen Osten gebracht. Doch wie der Antisemitismus in der DDR jahrzehntelang als Antizionismus verkauft wurde, missbrauchen auch jetzt zutiefst judenfeindliche Gruppen die Lage, um unter dem Deckmantel friedensbesorgter Bürger ihrem Hass auf Juden freien Lauf zu lassen.

Heiner Lichtenstein

Hinweis

Stendal - „Steh' auf gegen rechts!“ lautet das Motto eines Kongresses, der am 2. Dezember in Stendal stattfindet. Teilnehmen werden neben anderen die Politiker Manfred Stolpe, Reinhard Höppner, Christine Bergmann, Gregor Gysi, Regine Hildebrandt, Cem Özdemir und Michel Friedman. Anmeldung an: Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V., Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Bücherschau**Ewige Vergangenheit**

Herman Sneider und seine Zwillingschwester Eva wurden 1915 in Transkarpatien geboren. Gemeinsam mit den Eltern wurden sie 1944 nach Auschwitz-Birkenau transportiert. Bei der Selektion an der Rampe sah Sneider seine Eltern zum letzten Mal: Zusammen mit seiner Schwester wurde er von dem KZ-Arzt Josef Mengele in das Versuchslabor für Experimente an Zwillingen und Kleinwüchsigen überwiesen. An Sneider, der bei seiner Einweisung schon 29 war, wurden allerdings keine Experimente vollzogen. Stattdessen wurde er von Mengele zum „Betreuer“ der menschlichen Versuchspersonen ernannt. Er musste die Kinder auf den Besuch im Labor „vorbereiten“, sie baden und waschen, sie beruhigen, wenn sie wieder hinauskamen. Anschließend erstattete er Mengele Bericht.

Im Januar 1945 wollte Herman Sneider fliehen, tat es aber mit Rücksicht auf die Kinder, die er im Konzentrationslager betreute und denen er versprochen hatte, sie eines Tages nach Hause zu bringen, nicht. Nach der Befreiung durch die Sowjets gelingt es ihm, 36 überlebende Kinder in ihre ungarische Heimat zu bringen. In Prag lernt er 1950 seine Frau Rebecca, ebenfalls KZ-Überlebende, kennen und emigriert mit ihr nach Israel.

Dort bekam seine Familie Besuch von der Kasseler Psychologin Gabriele Rosenthal und zwei israelischen Kolleginnen. Gemeinsam mit einem deutsch-israelischen Team hat Rosenthal mehrere Jahre lang Familien von Überlebenden, aber auch von Tätern interviewt, die nach dem Krieg in der Bundesrepublik, der DDR oder Israel lebten. Die Psychologinnen haben mit der ersten, aber auch mit der zweiten und dritten Generation gesprochen, um ein Bild davon zu bekommen, inwieweit sich Bestandteile von Verfolgungsgeschichten in den Identitäten der Mitglieder der nachfolgenden Generationen fortsetzen. Entstanden sind sensible Familienporträts, von denen die bewegendste Erkenntnis ist: Je weniger über die Vergangenheit geredet wird, desto nachhaltiger wirkt sich das Erlebte auf die zweite, sogar die dritte Generation aus.

So auch in der Familie Sneider: Die 1947 geborene Israela, die zwar vorgibt, „Millionen Male Geschichten über das Lager gehört“ zu haben, kann bei genauem Nachfragen erstens kaum konkrete

Geschichten erzählen, die sie zweitens, insbesondere als es um das Erlebte des Vaters geht, lieber verdrängt, um eine für sie allzu schmerzhaftes Auseinandersetzung zu vermeiden. Bis heute ist sie von Holocaust-Phantasien verfolgt: Wenn sie eine Menschenmenge sieht, assoziiert sie diese mit zusammengepferchten Häftlingen in Auschwitz: „Wenn ich große Gruppen sehe, denke ich immer, dass die Nazis diese ganze Gruppe umgebracht haben. ... Oder ich denke an Tel Aviv, wie kann eine ganze Stadt ausradiert werden, hundert, eine halbe Million.“ Für derartige oft unbewusste und oft subtile Phantasien, die im Zusammenhang mit der Verfolgung der Eltern stehen, haben Rosenthal und ihre Mitarbeiterinnen verschiedenste Hinweise gefunden - Angehörige, die immer wieder träumen, von Hunden gehetzt zu werden, dass ihnen Kinder entrissen oder vor ihren Augen aus dem Fenster geworfen werden. Je weniger jemand über seine Verfolgungsgeschichte wisse, so Rosenthal, „desto stärker ist sie in ihrem Leben, in ihrem psychischen Befinden und vor allem auch in ihren biographischen Entscheidungen - etwa bei der Berufswahl, der Partnerwahl oder der Wahl des Landes, in dem sie leben, von der Vergangenheit bestimmt.“

Israela, die wie viele Mitglieder der Zweiten Generation immer darauf bedacht war, die Eltern zu schützen und ihnen alles Recht zu machen, heiratete einen Berufspiloten, brachte drei Söhne zur Welt und machte nebenbei Karriere. Vor allem ihrer Mutter gegenüber, die unterbewusst, so sagt sie, von ihr verlangte, alles was sie tat, „zu einem Sieg über die Deutschen“ zu machen, hatte sie das Gefühl, ihre Aufgabe gemeistert zu haben. Ihr Vater - auch das ist laut Rosenthals Erkenntnissen häufig der Fall - übernahm innerhalb des familialen Dialogs die Rolle des Schweigsamen. Den Kampf für Israel aufgenommen hat auch Ethan, Israelas Sohn und somit Mitglied der dritten Generation.

Ethan, ebenfalls sehr karriereorientiert, hatte sich zum Zeitpunkt des Interviews soeben bei einer israelischen Elite-Einheit verpflichtet. Frappierend noch erschien den Psychologinnen Ethans Fixiertheit auf die Wissenschaft: so trieb er sich bereits im Kindesalter in Versuchslabors herum und beobachtete Experimente an Affen oder Katzen. Unter anderem schildert er ein Experiment, bei dem Schimpansen die Schädeldecke geöffnet wurde. Auch von Ethans Großvater Herman Sneider ist aus Archivdokumenten überliefert, dass er Zwillinge betreute, deren Schädeldecke von Josef Mengele geöffnet wurde und von denen einer später in

unmittelbarer Nachbarschaft der Familie in Israel wohnte. Erzählt hat der Großvater dem Enkel diese Geschichte vermutlich nie.

Die Geschichte der Sneider, wie jede andere in dem Buch, hat viele Charakteristika: das Vorhandensein eines erzählenden und eines schweigenden Partners in der ersten Generation, die Tatsache, dass auch wenn viel erzählt wird, oft gerade dadurch noch mehr verschwiegen wird. Mitglieder einer zweiten Generation, die hin- und hergerissen sind zwischen dem Wunsch, die Eltern schützen zu wollen und dem Bedürfnis nach Abnabelung. Mitglieder der dritten Generation, die mehr Fragen stellen als die zweite, aber immer noch in vielem der Familie verhaftet sind und vieles recht machen wollen - zum Beispiel in dem bewussten Kampf für Israel, sich aber auch schuldig fühlen: So tauchen in gleich mehreren Familienporträts Kämpfer der israelischen Armee auf, die sich zu Zeiten der Intifada im Kampf gegen palästinensische Jugendliche selbst als „eine Art neuer Gestapo“ wahr genommen haben und sich fragten, ob sie nicht von Opfern zu Tätern geworden sind. Andere Enkel kämpfen mit den unterschiedlichsten Phobien, entwickeln Essstörungen oder Vernichtungsängste.

Alle in dem Werk erzählten Familienbiografien werfen die Frage auf, ob und wenn ja wie eine systematische und der Familie gerecht werdende Aufarbeitung der Vergangenheit überhaupt möglich ist? Gabriele Rosenthal hat Familien in Israel, der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik besucht; Familien von Opfern, von Tätern und von Menschen, bei denen die Täterschaft auch in den Interviews nur vermutet werden konnte. In keiner der Familien sind binnen der vergangenen 55 Jahre erfolgreiche Schritte zur Bewältigung der erlebten Traumata unternommen worden - wie aber hätten diese aussehen sollen? Die Stärke des Buches ist, dass es Rosenthal gelungen ist, die Opfer weder auf eine Helden- noch eine Opferrolle zu reduzieren: so entstehen Bilder von real existierenden Menschen, mit Schwächen, Neurosen, Obsessionen. Gerade das aber führt auch dazu, dass es den Leser am Ende mit einer gewissen Hilflosigkeit alleine lässt - und mit vielen neuen Fragen an die eigene Biographie.

Jeannette Goddar

Gabriele Rosenthal (Hrsg.): Der Holocaust im Leben in drei Generationen; Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern; editionpsychosozial, 461 Seiten, 48 Mark

Statistik

Straftatenquote nach Ländern

Das Bundesinnenministerium hat auf Frage des Abgeordneten Herbert Frankenhauser (CDU/CSU) die 1999 die in den einzelnen Bundesländern begangenen fremdenfeindlich motivierten Straftaten

mit Verletzungs- und Todesfolge in Relation zu Einwohnerzahl und Ausländeranteil mitgeteilt (Bundestags-Dr. 14/4019). Wir ergänzen die Zahlen um die Straftatenquote je 100 000 Einwohner.

Die höchste Belastung durch rechtsextremistische Straftaten weisen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auf, am friedlichsten sind die Saarländer und die Bremer.

Land	Straftaten		Ausländer % der Ew.	Quote je 100000 Ew
	Körperverl.	Tötung		
Brandenburg	41	2	2,03	1,65
Berlin	23		14,32	0,73
Baden-Württemberg	31		12,11	0,3
Bayern	28	1*)	9,1	0,24
Bremen	1		12,2	0,15
Hessen	14	1	13,96	0,25
Hamburg	13	1	19,15	0,82
Mecklenb.-Vorp.	28	2	1,51	1,66
Niedersachsen	31		6,04	0,39
Nordrhein-Westfalen	68	1	11,02	0,38
Rheinland-Pfalz	19		7,48	0,475
Schleswig-Holstein	12		5,12	0,43
Saarland	1		7,56	0,09
Sachsen	32	4	1,9	0,8
Sachsen-Anhalt	24		1,86	0,9
Thüringen	18		1,29	0,73
Bund	386	12	8,94	0,49
*) vollendet				

bearbeitet von Klaus-Henning Rosen

Meldungen**Inland**

■ **Bad Döben** - Die sächsische NPD hat auf einem Parteitag den bisherigen Landesvorsitzenden Winfried Petzold aus Leipzig in seinem Amt bestätigt. Stellvertretende Landesvorsitzende sind Matthias Paul und das Bundesvorstandsmitglied Jens Pühse, Ex-Funktionär der verbotenen Nationalistischen Front. Als Referent war auf der Veranstaltung am 21. Oktober in Bad Döben auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt zugegen. Eigenen Angaben zufolge verfügt die NPD in Sachsen nach der Gründung der Kreisverbände Bautzen und Mittlerer Erzgebirgskreis nunmehr über 24 Kreisverbände und hat angeblich 1.200 Mitglieder.

■ **Berlin** - Im neonazistischen Thing-Netz, quasi einem Nachfolgeprojekt des Thule-Netzes, agitiert als Hauptakteur ein Pseudonym namens „Sandmann“. Hinter dem Pseudonym soll sich, so die Angaben von Szene-Aussteigern, der Berliner Neonazi Christian Wendt verbergen. Wendt, Beauftragter für Neue Medien der Bundes-NPD, war einst FAP-Funktionär und ist heute noch als Schriftleiter der HNG-„Nachrichten“ zugange. Außerdem ist Wendt Redakteur der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“.

■ **Berlin** - Gegen Anhänger und Mitglieder der NPD sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums derzeit 350 Ermittlungsverfahren anhängig. Dies erklärte ein Ministeriumssprecher am 3. November in Berlin. Fast ein Viertel dieser Verfahren betreffen Gewalttaten, rund 120 die Verwendung nationalsozialistischer Symbole.

■ **Berlin** - Die von Alfred Mechttersheimer initiierte Deutsche Aufbau-Organisation (DAO) hat in Berlin eine Geschäftsstelle errichtet. Während das Friedenskomitee 2000 und die Deutschland-Bewegung weiterhin in Starnberg (Oberbayern) ihren Sitz haben, wird die Koordination der DAO von Berlin aus erfolgen. Die Geschäftsführung hat Hans-Ulrich Pieper (Autor in „Criticón“ und „Junge Freiheit“), der dem DAO-Sprecherkreis angehört, inne. Pieper, Ex-REP-Bundestagskandidat, ist auch Veranstalter der Berliner Runde „Das Dienstags-Gespräch“, die 1991 nach dem Vorbild der Düsseldorfer „Herrenrunde“ gegründet wurde. Prominenter Gastreferent der Berliner Runde war 1993 Jörg Haider.

■ **Berlin** - Das umstrittene Berliner Auktionshaus für Geschichte führt am 2. Dezember in Berlin seine 34. Auktion durch. Angeboten werden unter anderem Orden, Ehrenzeichen und Dokumente aus der NS-Zeit. Geworben wird dafür in der stramm rechten Publikation „Militaria“. Das Berliner Auktionshaus war 1998 und 1999 mehrfach in die Schlagzeilen geraten (s. BNR 10/1998) als bekannt wurde, dass auf Auktionen Judensterne, Kleidung von Häftlingen aus Konzentrationslagern, Emaille-Tafeln aus dem KZ Mauthausen und NS-Devotionalien wie Hitlerbüsten und SS-Ehrendolche versteigert wurden. Werbung schaltete das Auktionshaus über mehrere Ausgaben hinweg in der holocaustleugnenden Schrift „Recht und Wahrheit“.

■ **Clarholz** - In Neonazi-Gazetten wie den HNG-Nachrichten stößt man immer wieder auf einen Zündstoff-Verlag aus Clarholz in Nordrhein-Westfalen, der mit Anzeigen auf sich aufmerksam macht. Werbung für den Zündstoff-Verlag findet sich auch auf der Neonazi-Homepage „Der Weiße Wolf. Szeneinternen Informationen zufolge soll hinter dem Verlag der vorbestrafte Neonazi Meinolf Schönborn, einst Bundesvorsitzender der verbotenen Nationalistischen Front, stecken.

■ **Duisburg** - Zum „Untergrundkampf“ wird auf der „Forumseite“ der Homepage der Jungen Nationaldemokraten Duisburg aufgerufen. Eine Gruppierung namens „Combat 18 / Deutsche Sektion - National Revolutionäre Zellen“ fordert die braunen Kameraden auf: „Bildet Zellen und agiert aus dem sicheren Hinterhalt!!!“ Ziele der „nationalen Bewegung“ sind für Combat 18: „1. Zerschlagung der alten Ordnung unserer Feinde; 2. Aufbauen einer Neuen Ordnung, die auf unseren Meinungen und Prinzipien basiert.“ Das zweiseitige Pamphlet schließt mit dem Aufruf: „Vom Wort zur Tat. Von der Kritik zur Vernichtung. Von Hoffnung zur Vision. Von der Verzweiflung zum SIEG.“

■ **Erlangen** - Die Gefahr eines schleichenden Veränderungsprozesses in unserer Gesellschaft sieht die SPD-Politikerin Renate Schmidt. Eine starke Minderheit halte - „ohne selbst rechtsradikal motivierte Straftaten zu begehen, Rechtsradikalismus für 'normal'“, warnte die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende in einem Vortrag an der Universität Erlangen am 7. November. Rechtsextreme Gewalttaten geschähen teilweise mit deren „klammheimlicher Zustimmung“, betonte Frau Schmidt. 93 Tote als Opfer rechtsextremer Gewalt habe es

in den letzten 10 Jahren in Deutschland Ost und West gegeben, über 1000 Schändungen jüdischer Friedhöfe, hinzu kommen Verletzte, Sachbeschädigungen, Nazi-Schmierereien bilanzierte die SPD-Bundestagsabgeordnete. Zunehmend hätten Ausländer, Schwule, Behinderte oder Obdachlose Angst. Um Rechtsextremismus wirkungsvoll zu bekämpfen, müsse von der Politik sowohl eine nach „rechtsradikaler Stimmung schielende Sprache“ - als Beispiel nannte sie Äußerungen wie „Ausländer die uns nützen statt Ausländer, die uns ausnützen“, oder „das Boot ist voll“ - sowie eine „Diskussion über eine wie immer geartete 'deutsche Leitkultur'“ vermieden werden, kritisierte Schmidt. Sie erwarte von jedem Vertreter der demokratischen Parteien auf die Frage: „Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben?“ als einzige Antwort: „Bei uns nirgends“, hob die Ex-Vorsitzende der bayerischen SPD vor den Erlanger Studenten hervor.

■ **Hamburg** - Die Zuwanderung dürfe, weil „indiskutabel“, kein Wahlkampfthema sein, heißt es in einer Flugschrift des „Deutschen Kolleg“ vom 1. November, die von Horst Mahler, Uwe Meenen und Reinhold Oberlercher unterzeichnet ist. Für die abgedrehten rechtsextremen Theoretiker bedeutet „Zuwanderung auf das gänzlich besetzte Gebiet des Deutschen Reiches“ einen „Bruch der Landesgesetze und der Haager Landkriegsordnung von 1907“. „Zuwanderer und ihre Unterstützer“ begingen „nichtverjährende 'Verbrechen gegen die Menschlichkeit'“.

■ **Karlsruhe** - Ein „JN-Stützpunkt Karlsruhe“ wurde am 21. Oktober gegründet. In einer Presseerklärung teilt Steffen Egolf, baden-württembergischer Landessprecher der Jungen Nationaldemokraten mit, dass trotz der „Medienhysterie und des Verbotsgefassels“ der „Strukturausbau konsequent weiter voranzutreiben“ sei. Zugewogen bei der Veranstaltung waren neben anderen Mike Layer, stellvertretender JN-Bundesvorsitzender, und Janus Nowak, stellvertretender JN-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg.

■ **Kiel** - Der bekennende Neonazi Peter Borchert (27) aus dem Organisationsstab des „Club 88“ in Neumünster wurde jetzt vor dem Amtsgericht in Kiel zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr - drei Jahre lang ausgesetzt zur Bewährung - verurteilt. Dazu hat Borchert 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit zu leisten. Das Arbeitsamt finanziert dem gelernten Stahlbauer zurzeit übrigens eine Umschu-

lung zum Bürokaufmann. Der einschlägig vorbestrafte NPD-Kader mit einer Anbindung an die so genannten Freien Nationalisten kam vor den Kadi, weil er im Februar dieses Jahres dabei erwischt wurde, wie er eine Diskothek mit einer Pistole und scharfer Munition betreten wollte. Verstoß gegen das Waffengesetz lautete jetzt die Anklage. Im vergangenen Monat wurde Borchert zum stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein gewählt. Die Bundespartei mit Sitz in Berlin intervenierte jedoch nachträglich und erkennt die Wahl nicht an (s. BNR 22/00).

■ **Koblenz** - Frischgebackene Redaktionsmitglieder der nationalrevolutionär ausgerichteten Zeitschrift „Wir Selbst“ aus Koblenz sind Martin Laus (Ex-NHB-Bundesvorsitzender) und Marc Schenke (Autor in der „Jungen Freiheit“). Weiter gehören der „Wir Selbst“-Redaktion (1-2/2000) Friedrich Baunack (Deutschland-Bewegung), Ulrich Behrenz (Unabhängige Ökologen Deutschlands), Hanno Borchert (JF-Autor), Siegfried Bublies, der Gründer und Herausgeber des Blattes, und Ellen Kositzka (JF-Autorin) an.

■ **Krefeld** - Das „Krefelder Forum Freies Deutschland“ hat am 20. Oktober eine „Krefelder Erklärung zur Lage der Bürgerrechte in der BRD“ verabschiedet. In dem mehrseitigen Papier distanziert sich das Forum von der „sanktionsbewehrten amtlichen Verkündung historischer Tatsachen, wissenschaftlicher Fakten und religiöser Dogmen, von Ethnozid und Genozid“. Ausländerfeindliche Übergriffe werden biologistisch begründet: „Die Abwehr Deutscher gegen Ausländer mit und ohne BRD-Angehörigkeit ist (...) eng verknüpft mit dem natürlichen, instinktiven Territorialverhalten der Säugetiere und des Menschen.“ Gefordert wird daher: „Freiheit für Deutschland! Selbstbestimmung des Volkes!“ Dem vom Verfassungsschutz beobachteten „Krefelder Forum“, initiiert und geführt von Hans-Ulrich Höfs, Ex-REP-Funktionär in Nordrhein-Westfalen, gehören Personen aus dem Umfeld von Republikanern, NPD und Deutscher Liga für Volk und Heimat an.

■ **München** - Udo Voigt, NPD-Vorsitzender, ist vor dem Verwaltungsgericht München mit seinem Antrag gescheitert, dem bayerischen Staatsminister des Innern, Günter Beckstein (CSU) die Behauptung künftig zu untersagen, die NPD fördere rechte Gewalt und sei ein Schutzhort für rechte Gewalttäter. Dem Vernehmen nach hat der bayerische Verfassungsschutz die qualifiziertesten Beweise zu

dem Bemühen um ein NPD-Verbot beigetragen. Für den 25. November hat die NPD in München anlässlich des 36. Jahrestag ihrer Parteigründung eine Demonstration angemeldet, wobei 1500 Teilnehmer erwartet werden. Als Redner werden auf der Kundgebung der Bundesvorsitzende Udo Voigt, NPD-Neumitglied Horst Mahler und der stellvertretender bayerische NPD-Landesvorsitzende Per Lennart Aae auftreten. Die Stadt München und zahlreiche Aktionsgruppen wollen dem NPD-Aufmarsch am 25. November mit mehreren Veranstaltungen entgegentreten.

■ **Potsdam** - „Deutschland muss zu seinen eigentlichen kulturellen Wurzeln zurückkehren“ fordert das am 6. Mai gegründete Aktionsbündnis für Brandenburg (AfB), dem Bund freier Bürger (BFB), Republikaner und Aufbruch 99 als Mitgliedsverbände angehören, in einer aktuellen Grundsatzerklärung. „Gemeinsames Ziel“ ist es, „die derzeitigen Zustände, die nur den Reichen und den politischen Machthabern (ganz gleich welcher Färbung) nutzen, so zu ändern, dass der normale deutsche Bürger wieder an der ersten Stelle der Politik steht.“ AfB-Vorsitzender ist Harri Wittstock (BFB), Stellvertreter Wolfgang Kurzweg (REP). Als Pressesprecher amtiert Uwe Lipowski (BFB).

■ **Recklinghausen** - Die revanchistische Zeitung „Der Schlesier“ erscheint wöchentlich in einer Auflage zwischen 7 500 und 10 000 Exemplaren, erklärte die Bundesregierung (Drucksache 14/4306) auf eine Kleine Anfrage der PDS. Bis 1986 war „Der Schlesier“ das offizielle Organ der „Landmannschaft Schlesien“, danach kam es aus politischen Gründen zum Bruch. Erkenntnissen der Bundesregierung zufolge äußert sich das Blatt in „politischen Kommentaren häufig rechtsextremistisch. Hierzu gehören insbesondere geschichtsrevisionistische Auffassungen.“ „Die Schuld des Hitler-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“ werde geleugnet sowie „eine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen vorgenommen“.

■ **Wiesbaden** - Einen starken Anstieg antisemitischer Straftaten auf 291 meldet das Bundeskriminalamt für das dritte Quartal 2000 gegenüber 157 im Vierteljahr zuvor. Der Schwerpunkt liege in Westdeutschland mit Baden-Württemberg (50 Taten) an der Spitze, gefolgt von Niedersachsen (47), Nordrhein-Westfalen (36) und Hessen (33), teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS im Deutschen Bundestag mit.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin ###9
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 23-2000 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

Ausland

■ **Österreich (Eisenstadt)** - Der österreichische Neonazi und Gründer der Partei Neue Ordnung (PNO) Robert Dürr wurde wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung und Verstoßes gegen das Verbotsgesetz vom Eisenstädter Geschworenensenat am 7. November zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe, davon ein Jahr unbedingt, verurteilt. Dürr, vormals FPÖ-Funktionär und heute führender Anti-Antifa-Aktivist in Österreich, war im Mai dieses Jahres Ehrengast bei der NPD-Saalveranstaltung „2.Tag des Nationalen Widerstandes“ in Passau.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bmr.de
 Internet: <http://www.bmr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto